

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 5. Januar 1951

Nummer 1

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Das Baugewerbe im gesamtwirtschaftlichen Rahmen

Die außerordentliche Bedeutung ausreichender und nutzbringender Beschäftigung des Baugewerbes für ein zufriedenstellendes Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft ist bekannt. Im folgenden soll an Hand einiger globaler Zahlen die Lage der westdeutschen Bauwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang erörtert werden. Die Ausführungen berühren insofern aktuelle Probleme, als sich vermutlich in naher Zukunft Finanzierungsschwierigkeiten in wichtigen Bereichen der Bauwirtschaft ergeben werden.

Das Bauvolumen

Das Bauhauptgewerbe der Bundesrepublik beschäftigte unmittelbar nach der Währungsreform rd. 950 000 Arbeitskräfte¹⁾. Diese Zahl hielt sich, von den üblichen saisonalen Schwankungen abgesehen, zwei Jahre lang etwa auf dieser Höhe. Mitte 1950 erfolgte im Zusammenhang mit der Forcierung des Wohnungsbaues eine Steigerung auf 1,05 Millionen. Der Umsatz je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe stieg im gleichen Zeitraum von halbjährlich 2700 DM auf 3400 DM, so daß die vom Bauhauptgewerbe halbjährlich verrechnete Bausumme sich von 2,6 Mrd. DM auf etwa 3,6 Mrd. DM erhöhte²⁾.

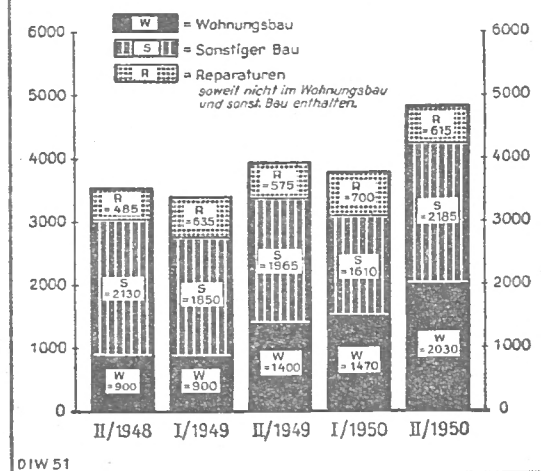
Nun enthalten die vorgenannten Bausummen nicht nur die Wertschöpfung des Bauhauptgewerbes, sondern auch jene aller Zulieferanten, insbesondere der Baustoffindustrien sowie des Baunebengewerbes (Hersteller von Türen, Verglasung, Öfen usw.), soweit sie über die Rechnung der Bauunternehmer laufen. Man kann schätzen, daß es sich bei den über die Rechnung der Bauunternehmer laufenden Lieferungen der Baustoffindustrien sowie des Baunebengewerbes um 25 bis 30 vH der Bausumme handelt. Die Wertschöpfung des Bauhauptgewerbes selbst kann auf etwa 55 bis 60 vH der Bausumme geschätzt werden. Der Rest der Bausumme entfällt auf allgemeine Unkosten, d. h. auf die Wertschöpfung anderer Wirtschaftszweige.

Nach einer Sonderuntersuchung des DIW ist auch der nicht über die Rechnung der Bauunternehmer laufende Teil der Bezüge von Material und Hilfsleistungen sehr erheblich. Es werden für ihn zusätzlich 15 bis 20 vH der Bausumme

des Bauhauptgewerbes in Ansatz gebracht, ein Zuschlag, um den sich der Bauwert gegenüber den jeweiligen Bausummen erhöht. Es handelt sich hierbei durchweg um Material und Dienste, die vom Bauherrn auf eigene Rechnung beschafft und dem Bauunternehmer zur Verfügung gestellt werden, soweit der Bauherr sie nicht in eigener Regie (z. B. Bundesbahn, aber auch Laubenbau u. dgl.) verarbeitet.

ENTWICKLUNG DES GESAMTEN BAUAUFWANDS IM BUNDESGBEIT

Schätzung in Mill. DM



Um die gesamte bauwirtschaftliche Leistung zu erfassen, müssen zu den vom Bauhauptgewerbe unmittelbar oder mittelbar erstellten Bauwerten noch die Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten des Baunebengewerbes hinzugerechnet werden, soweit sie nicht bereits in den oben errechneten Bauwerten enthalten sind. Es handelt sich hier nochmals um Beträge von gegenwärtig 340 Mill. DM im Halbjahr, sofern der Rahmen der in das Baunebengewerbe einzubeziehenden Gewerbezweige eng gehalten wird. Rechnet man auch die Installateure und Klempner jeder Art sowie Heizungs- und Kühlanlagenhersteller hinzu, so dürften sich diese Beträge um rd. 80 vH erhöhen.

Alles in allem betrug der gesamte Bauaufwand im zweiten Halbjahr 1948 etwa 3,5 Mrd. DM; bis zum zweiten Halbjahr 1950 ist er auf 4,8 Mrd. DM gestiegen.

¹⁾ Nach Berechnungen auf Grund der Arbeitsstättenenerhebungen.

²⁾ Bei dieser Betrachtung ist noch die Preisbewegung zu berücksichtigen; tatsächlich sind die Baupreise, zum mindesten im Wohnungsbau, in der in Frage kommenden Zeit um reichlich 10 vH gesunken; entsprechend war mit der obengenannten Entwicklung der Bauwerte eine noch stärker steigende Bauleistung verbunden.

Bauvolumen und Sozialprodukt

Die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung der westdeutschen Bauwirtschaft ist an dem hohen Anteil zu ersehen, mit dem sie am Sozialprodukt beteiligt ist¹⁾. Dieser Anteil lag seit der Währungsreform ständig zwischen 10 und 11 vH, wobei zu beachten ist, daß die konjunkturelle Auswirkung einer etwaigen Belebung oder auch Abschwächung der Bautätigkeit infolge der multiplikativen Wirkungen solcher Veränderungen weit über das in der obigen Verhältniszahl angedeutete Gewicht hinausgeht. Man wird unterstellen können, daß sich gegenwärtig der unmittelbare Einfluß der bauwirtschaftlichen Konjunktur auf ein Fünftel, wenn nicht sogar auf ein Viertel der gesamten Volkswirtschaft erstreckt.

An Arbeitskräften zählt die westdeutsche Bauwirtschaft in weitester Abgrenzung, d. h. einschließlich der Baustoffindustrie sowie der Bauinstallation und -klempnerei, sowie endlich einschließlich der durch die generellen Unkosten bedingten Hilfsleistungen Mitte 1950 rd. 2 Mill. Menschen, von denen wie bereits oben erwähnt, 1,05 Mill. auf das Bauhauptgewerbe, 0,4 Mill. auf das Baunebengewerbe (einschließlich Bauinstallation und -klempnerei) und 0,2 Mill. auf die Baustoffindustrie entfallen. Auch aus diesen hohen Beschäftigtenzahlen geht — verglichen mit der Zahl der Gesamtbeschäftigten in der Bundesrepublik (rd. 20 Mill. Arbeitskräfte) — die große gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Baugewerbes hervor.

Da der bei weitem größte Teil der vorgenannten 2 Mill. Beschäftigten „fachgebunden“ ist, d. h. sich nicht ohne weiteres in andere Produktionszweige verpflanzen läßt, würde eine Verringerung des gegenwärtigen Bauvolumens, etwa wegen Verknappung der Finanzierungsmittel, abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Schaden, der in der Verringerung des Sozialprodukts zum Ausdruck kommt, zwangsläufig ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit bedeuten. Es ist sogar damit zu rechnen, daß die Arbeitseffizienz im Bereich der Bauwirtschaft künftig noch ansteigt, so daß das Bauvolumen entsprechend vergrößert werden müßte, um die gegenwärtige Beschäftigtenzahl zu halten. Die Zahl der Arbeitslosen des Baugewerbes selbst betrug im Februar 1950 337 000, im Oktober dagegen 91 000, im November schätzungsweise wieder etwa 130 000.

Die Bauaufgaben

Die Struktur der Bautätigkeit des Bauhauptgewerbes geht aus der Übersicht hervor. Bemerkenswert ist der Anstieg des Anteils der Wohnungsbauten an der Bauleistung von rd. 36 vH im Jahr 1949 auf 46 vH im Jahr 1950. Der Anteil der öffentlichen Bauten, ohne Verkehrsbauten, hielt sich auf der Höhe von etwa 12,6 vH, während der Anteil der übrigen Baubereiche teilweise erheblich zurückging.

Diese Änderung der Struktur der Bauaufgaben ist insofern bemerkenswert, als der Wohnungsbau immer mehr die Hauptstütze der Bauwirtschaft wird. Nach der Größe der Aufgaben ist dies auch berechtigt. Der Wohnungsbedarf im Bundesgebiet wurde Mitte 1950 auf 5 Mill. Wohnungen geschätzt. Unter der Annahme, daß jährlich 300 000 bis 400 000 Wohnungen²⁾ neu

erstellt werden können, würde das einen Arbeitsvorrat für etwa 15 Jahre bedeuten. Die Neubaukosten einer Wohnung betragen gegenwärtig 10 000 bis 11 000 DM. Da es sich bei den künftigen Vorhaben überwiegend um Neubauten handelt, — die Neugewinnung von Wohnraum durch Instandsetzung, Wohnungsteilung u. dgl. verliert zunehmend an Bedeutung — ist der Jahreswert des in Frage stehenden Wohnungsprogramms auf etwa 4 Mrd. DM zu bemessen.

Struktur der Bautätigkeit
des Bauhauptgewerbes im Bundesgebiet
Schätzung

	1949				1950 ¹⁾			
	Bau- leistung ²⁾		Bau- aufwand		Bau- leistung ²⁾		Bau- aufwand	
	in Mill. Arb.- Std.	in vH	in Mrd. DM	in vH	in Mill. Arb.- Std.	in vH	in Mrd. DM	in vH
Wohnungs- bauten	656,9	36,3	2,3	37,7	911,7	46,0	3,5	48,0
Landwirt- schaftl. Bauten	162,1	9,0	0,4	6,6	103,1	5,2	0,25	3,4
Gewerbl. und Ind. Bauten ..	517,4	28,6	1,7	27,9	481,6	24,3	1,7	23,2
Verkehrsbaut.	201,3	11,1	0,6	9,8	208,1	10,5	0,7	9,6
Übr. öffentl. Bauten	228,1	12,6	1,0	16,4	251,7	12,7	1,1	15,1
Trümmer- beseitigung u. Abbruch	42,3	2,3	0,1	1,6	25,8	1,3	0,05	0,7
Bau- hauptgewerbe insgesamt ..	1808,0	100,0	6,1	100,0	1982,0	100,0	7,30	100,0

1) Vorläufig. 2) Hier gleich Leistung an Arbeitsstunden.

Der gewerbliche Bau hatte nach Schätzung des DIW 1949 und auch 1950 einen Bauwert von je 1,7 Mrd. DM. Für seine künftige Vergrößerung sprechen die wachsenden Investitionsvorhaben der Industrie. Bei der Beurteilung des industriellen Baubedarfs ist aber zu beachten, daß durch Kriegsschäden und Demontagen die maschinelle Ausrüstung der Produktionsanlagen stärker gelitten hat als die Baulichkeiten, so daß die aus Vorkriegsverhältnissen für die Zusammensetzung der industriellen Investitionen bekannte Faustformel: „Ein Drittel Bauinvestition, zwei Drittel maschinelle und sonstige Ausrüstung“ für die nächste Zukunft nicht mehr zutrifft.

Bei der Beurteilung des Baubedarfs von Handwerk und Handel muß eine gewisse Sättigung in Rechnung gestellt werden.

Der öffentliche Bau (ohne Verkehr) umfaßte 1949 einen Bauwert von rd. 1 Mrd. DM, 1950 einen solchen von 1,1 Mrd. DM. Im Gegensatz zur industriellen Bauinvestition ist aber in diesem Baubereich — in Verbindung mit der Aufgabe, Deutschland in Verteidigungszustand zu setzen —, mit starken Erhöhungen des öffentlichen Baus zu rechnen.

Die Aussichten

Vom Bedarf her gesehen, sind die Aussichten des Baugewerbes für 1951 nach dem Gesagten günstig zu beurteilen. Auf der Produktionsseite deuten sich dagegen bei der Bereitstellung der erforderlichen Baustoffe gewisse Engpässe an. Die Baustoffindustrien mußten ab Dezember des vergangenen Jahres in der Kohlenzuteilung beträchtlich beschränkt werden, so daß das in Aussicht genommene winterliche Durchhalten der Produktion auf hohem Stand sich nicht ermöglichen läßt. Wieweit die Kohlenversorgung zu Beginn der Bausaison, also ab März d. J., sich wieder bessern wird, ist heute

1) Und zwar des Nettosozialprodukts zu Marktpreisen, das nach Ausscheiden der Doppelzählungen den Gesamtwert der neu erstellten Güter und Dienste verkörpert.

2) 1950 wurden schätzungsweise 350 000 Wohnungen gebaut.

noch nicht vorauszusehen. Es steht zu hoffen, daß — bei der großen Abhängigkeit der Bautätigkeit von der ausreichenden Bereitstellung der Baumaterialien — die Wiedererhöhung der Kohlenzuteilung an die Baustoffindustrie so rechtzeitig erfolgt, daß von dieser Seite die saisonale Belegung der Bauwirtschaft im Frühjahr nicht behindert wird. Die Vordringlichkeit der Kohlenzuteilung an die Baustoffindustrie und damit an die Bauwirtschaft geht aus folgendem Überschlagn hervor: Die Baustoffindustrie benötigte im Jahr 1950 im Monatsdurchschnitt etwa 500 000 t Steinkohleneinheiten. Es wären dies etwa 4,4 vH der gesamten Kohlenförderung und 5,1 vH der für Deutschland verfügbaren Kohle. Demgegenüber bestritt die Bauwirtschaft nach

dem oben Gesagten über ein Zehntel des Sozialprodukts.

Weitere Schwierigkeiten im Bereich der Baumaterialbeschaffung wird der Eisenengpaß bereiten, jedoch sind hier gewisse Ausgleichmöglichkeiten gegeben, so daß bei Zuteilung des vordringlichsten Bedarfs die Aufrechterhaltung oder sogar Erweiterung des Bauvolumens trotz gewisser Einsparungen von Baueisen möglich sein dürfte.

Abgesehen von der Bereitstellung der erforderlichen Baumaterialien wird die bauwirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr weitgehend von der Möglichkeit abhängen, die ins Auge gefaßten Bauvorhaben zu finanzieren¹⁾.

Kahlschlagflächen und Wiederaufforstung in den vier Besatzungszonen

Im Wirtschaftsjahr 1950 forsteten die Westzonen 107 000 ha, die Sowjetzone etwa 76 000 ha der Kahlschlagflächen wieder auf. Das ist ein Umfang, der in dem Deutschland verbliebenen Gebiet vorher nie erreicht wurde. Er spiegelt die ungewöhnlich großen Anstrengungen wider, mit denen die großen Substanzverluste der Wälder wenigstens auf lange Sicht wieder aufgeholt werden sollen. Diese Aufgabe wird dadurch sehr erschwert, daß der Holzeinschlag nach dem Kriege weit mehr als vorher in Form des sogenannten Kahlschlaghiebes erfolgte. So sehr diese Form die Holzgewinnung erleichtert, so nachteilig ist sie für die natürliche Regeneration der Wälder. Bedeutende Kosten werden bei Anwendung des sogenannten Auswahlhiebes erspart. Bei dieser Form wird nur ein Teil der Bäume dem Waldbestand entnommen und die allmähliche Ersetzung der entnommenen Stämme im wesentlichen der Natur überlassen.

Die jeweiligen Vor- und Nachteile des Auswahl- und Kahlschlaghiebes haben in Deutschland auch in den Jahrzehnten besonderer Waldpflege dazu geführt, daß man sich beider Hiebformen bediente. Dabei ging der Anteil der Kahlschlagfläche an der gesamten Waldfläche allgemein nicht über 1 vH hinaus.

Kahlschlagfläche und Waldfläche nach dem Kriege

Dieser Anteil von 1 vH wurde schon in den letzten Kriegsjahren überschritten. Nach dem Kriege wurde die Kahlschlagfläche so groß, daß sie am 1. Oktober 1947 mit rd. 810 000 ha bereits fast 9 vH der Waldfläche im Vierzonengebiet ausmachte.

Gegenüber der Bizone und der französischen Zone war der Anteil der Kahlschlagfläche an der Waldfläche mit fast 13 vH in der Sowjetzone am größten. Würde man die britische Zone innerhalb der Bizone gesondert betrachten, so zeigte sich ein noch höherer Anteil (15 vH). Der niedrige Anteil der Kahlschlagfläche in der französischen Zone (höchstens 4 vH) ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die Nadelwälder, verglichen mit denen der anderen Zonen, je ha die größte Holzmasse und den stärksten jährlichen Holzzuwachs aufweisen. Daher bedingte dort die Gewinnung einer bestimmten Nadelholzmenge durch Kahl-

schlaghieb eine erheblich geringere Kahlschlagfläche als z. B. in der Sowjetzone²⁾.

Kahlschlagfläche und Waldfläche im deutschen Vierzonengebiet¹⁾

	Maßeinheit	Bizone	Französ. Zone	Westzonen zus.	Sowj.-Zone ³⁾	Insgesamt
Kahlschlagfläche						
1. Okt. 1946	1000 ha	231	34	265	200	465
1. " 1947	"	410	2) 50	460	350	810
1. " 1948	"	353	61	414	300	714
1. " 1949	"	289	62	351	230	581
1. " 1950	"	.	.	287	.	.
Anteil an der Waldfläche						
1. Okt. 1946	vH	4,6	2,3	4,1	7,2	5,0
1. " 1947	"	8,2	2) 3,4	7,1	12,6	8,7
1. " 1948	"	7,1	4,1	6,4	10,8	7,7
1. " 1949	"	5,8	4,2	5,4	8,3	6,3
1. " 1950	"	.	.	4,4	.	.

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf den Stand zu Beginn des Forstwirtschaftsjahres. — ²⁾ Schätzung. — ³⁾ Die Angaben sind Mindestgrößen.

Die statistischen Ergebnisse zeigten bereits zwei Jahre später (am 1. Oktober 1949) einen erheblichen Rückgang der Kahlschlagfläche. Ihr Anteil ging in den Westzonen von 7 vH auf 5 vH zurück, in der Sowjetzone von 13 vH auf 8 vH. Am Ende des letzten Forstwirtschaftsjahres (1. Oktober 1950) wurde zumindest für die Westzonen eine weitere starke Verringerung der Kahlschlagflächen (von 351 000 auf 287 000 ha) deutlich. Die erzielten Fortschritte traten am stärksten in jenen Bundesländern hervor, die noch vor drei Jahren einen besonders hohen Anteil von solchen Flächen hatten.

Der bedeutende Rückgang der Kahlschlagflächen in den Forstwirtschaftsjahren 1949 und 1950 hat zwei Gründe. Die Einschränkung des Derbholzeinschlages um ein Drittel (1950 gegenüber 1948) im Vierzonengebiet³⁾ hätte bereits bei gleichbleibender Nutzungsform entsprechend geringere Kahlschlagflächen zur Folge gehabt; darüber hinaus wurde durch stärkeren Übergang

¹⁾ Die hier auftretenden Probleme sollen demnächst in einem besonderen Beitrag behandelt werden.

²⁾ Nach der Erhebung vom 1. Oktober 1946 betrug der jährliche Zuwachs an Nadelderholz je ha in der französischen Zone 5,0 fm mit Rinde, in der amerikanischen 4,4, in der britischen 3,7 und in der sowjetischen 2,9.

³⁾ Näheres s. "Die Substanzverluste der Wälder in den vier Besatzungszonen." In Wochenbericht des DIW, 17. Jg. Nr. 46 vom 10. November 1950.

Anteil der Kahlschlagfläche an der Waldfläche
in einigen Bundesländern
in vH

Bundesland	Stand am 1. Okt. 1947	Stand am 1. Okt. 1950
Schleswig-Holstein	30,5	3,0
Nordrhein-Westfalen	10,3	7,3
Niedersachsen	17,6	7,2

zum Auswahlhieb der Anfall solcher Flächen vermieden. Andererseits wurde weit mehr aufgeforstet, als abgeholzt wurde. Daß die Wiederaufforstung erst in den letzten beiden Jahren eine große Bedeutung erlangte, lag an den besonderen Schwierigkeiten in den ersten Nachkriegsjahren.

Verzögerte Wiederaufforstung

Für eine sofortige Wiederaufforstung der frischen Kahlfächen, wie sie sich aus Gründen der Waldpflege und der Kostenersparnis empfiehlt, fehlten nach dem Kriege zunächst wichtige Voraussetzungen. Die Gewinnung von Forstsaamen und die Anzucht von Forstpflanzen hatte man bereits in den letzten Kriegsjahren stark eingeschränkt; die Beseitigung dieses Zustandes scheiterte an den besonderen Schwierigkeiten im Jahre 1945. Im zweiten Nachkriegsjahr verhinderte die Anordnung über den Gemüseanbau in der britischen Zone die Anzucht von Forstpflanzen. Wenn demgemäß das Forstpflanzenzentrum in Halstenbeck/Holstein — das größte der Welt — 80 vH seiner rd. 1200 ha für den Gemüseanbau zur Verfügung stellen mußte, so waren entscheidende Rückwirkungen auf die gesamte Versorgung Deutschlands mit Forstpflanzen unvermeidlich. Zu spät wurden die rd. 80 Forstbaumschulen in Halstenbeck von der Anordnung über den Gemüseanbau ausgenommen, so daß auch das Jahr 1946 für die Forstpflanzenanzucht verloren war. Erst im Frühjahr 1947 begann wieder eine große Aussaat von Fichten- und Buchensamen. Von dieser Aussaat konnten frühestens in zwei Jahren — also 1949 — wuchskräftige Pflanzen für die Wiederaufforstung erwartet werden. Durch die gute Samenernte im Winter 1947/48 wurde im Frühjahr 1948 auch eine große Aussaat von Kiefernnsamen möglich.

Ab 1949 erfolgte eine wesentlich bessere Versorgung mit Forstpflanzen, woran neben den nun wieder größeren Lieferungen der Forstpflanzenbetriebe in Halstenbeck auch die Selbsthilfe großer Forstbetriebe (durch Anlegung eigener Baumschulen) beteiligt waren. Aber erst im Laufe des Jahres 1950 ist es gelungen, den Bedarf an Forstpflanzen so gut wie vollständig zu decken.

Der lang anhaltende Mangel an Forstpflanzen hatte die wirtschaftlich bedenkliche Folge, daß die Kahlschlagflächen — viele Jahre sich selbst überlassen — zum großen Teil verunkrauteten bzw. Heideland wurden. Während es bei frischen Kahlschlagflächen zumeist möglich ist, ohne gründliche Bodenbearbeitung aufzuforsten, erfordern die jahrelang unbebaut gebliebenen Kahlschlagflächen wesentlich größere Aufwendungen, z. B. für den Vollumbruch oder die Entfernung der obersten Bodendecke. Eine Erhebung über den Zustand der Kahlschlagflächen in den

bayerischen Staatswäldern ergab, daß nach dem Stand von Anfang 1949 75 bis 80 vH der Flächen ohne vorherige gründliche Bodenbearbeitung nicht mehr aufgeforstet werden können¹⁾. Mehr als vorher wird daher der Einsatz von Pflügen und Traktoren notwendig.

Zu den Mehraufwendungen infolge der verzögerten Wiederaufforstung kommen wesentlich höhere Stundenlöhne (im Vergleich zur Vorkriegszeit) hinzu. Um den sehr starken Wildschaden einzudämmen, sind heute mehr als vor dem Kriege Umzäunungen notwendig, was die Kosten der Aufforstung noch weiter steigert.

Natürlich wird ein großer Teil der Kosten aus dem normalen Forstetat gedeckt. Aber die ungewöhnlichen großen Aufwendungen machen es nicht unwahrscheinlich, daß sich der starke Aufschwung in der Wiederaufforstung wieder abschwächt, zumal der private Waldbesitzer fast die Hälfte der gesamten Arbeiten durchführen soll. Er hat nicht nur im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich höhere Kosten für die Pflege seiner Wälder zu tragen, sondern noch eine weitere Belastung aus dem allgemeinen Lastenausgleich zu erwarten. Überdies stehen ihm finanzielle Reserven auf Grund der Einnahmen aus den besonders umfangreichen Holzverkäufen in den Jahren der stärksten Waldübernutzung (1945 bis 1948) nicht zur Verfügung. Ebenso wie der staatliche Waldbesitz mußte auch der private Waldbesitz das eingeschlagene Holz zu niedrigen Festpreisen in Reichsmark verkaufen, während er bei seinen Betriebsaufwendungen mit überhöhten Preisen rechnen mußte. Von der am 1. Oktober 1950 verbliebenen Kahlschlagfläche von 287 000 ha entfallen auf den privaten Waldbesitz 135 000 ha. Die Kosten der Wiederaufforstung in den Westzonen werden auf 700 bis 900 DM je ha veranschlagt. Für die Beseitigung der Kahlschlagflächen der privaten Waldbesitzer wäre demnach eine Summe von 95 bis 120 Mill. DM notwendig²⁾.

Ein erster Schritt, die Wiederaufforstung mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen, wurde bereits getan. In den Westzonen erhalten die Besitzer von Gemeinde- und Privatwäldern aus ERP-Mitteln zunächst einen Kredit von 9,4 Mill. DM mit einem Zinssatz von 2,5 vH und einer Laufzeit von 33 Jahren³⁾. Im Vergleich zu den finanziellen Aufwendungen für die gesamte Wiederaufforstung erscheint der Betrag von 9,4 Mill. DM gering. Da bei einer langsamen Wiederaufforstung die notwendigen Aufwendungen erheblich steigen, sprechen allein schon wirtschaftliche Gründe für eine schnelle Beseitigung der Kahlschlagflächen. Insoweit als die gemeindlichen und privaten Waldbesitzer dazu nicht imstande sind, sollte eine wesentlich größere Bereitstellung von öffentlichen Krediten die Schwierigkeiten beseitigen. Es wäre dies eine nachträgliche Gegenleistung für die sehr niedrig bezahlten Holzlieferungen, die neben dem staatlichen der private Waldbesitz insbesondere in den Jahren 1945 bis 1948 aufzubringen hatte.

¹⁾ Allg. Forstzeitschrift, München 2. 3. 1949.

²⁾ Nach dem Monatsbericht (Okt. 1950) des Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

³⁾ S. Monatsbericht (Juli 1950).

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1949				1950											
			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	
Anzahl der Werktage:			26	26	25,5	26	26	24	27	23	24	25,5	26	27	26	26	25	
Bank deutscher Länder Guthaben bei ausl. Banken 1)	DBR	Mill. DM	E	990,1	1070,3	986,6	833,9	724,6	642,5	657,6	803,4	892,7	1161,5	1317,8	1321,4	1461,2	1262,5	1119,7
Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts (Aktiva)	"	"	"	1057,6	1120,3	1045,9	755,2	913,3	528,5	519,5	482,9	417,6	13) 20,9	19,6	26,2	50,3	24,9	35,2
Wechsel und Schecks	"	"	"	1621,0	2103,5	2505,3	2820,5	2946,6	2883,0	3139,8	3010,9	2850,1	14) 2739,1	2667,8	2480,2	3084,3	3664,6	3820,9
Lombardforderungen	"	"	"	1130,9	1035,6	1144,9	1463,9	1491,8	1618,1	1458,4	1152,7	1098,6	1533,0	1417,2	1376,6	1349,4	1153,1	1113,4
Forderung geg. d. öff. Hand	"	"	"	5663,8	5848,5	5613,9	5875,7	5776,2	5837,2	5696,4	5808,1	5804,6	5776,5	5911,6	5893,8	5854,8	5893,0	5828,2
Einlagen, insgesamt	"	"	"	997,5	1082,1	993,6	860,1	1151,0	1123,3	955,9	779,5	949,4	15) 2791,7	2674,3	2535,0	2426,0	2691,3	2742,1
Zahlungsmittelumlauf 2)	"	"	"	7453,2	7476,9	7386,0	7737,5	7609,7	7689,8	7828,3	7981,1	7936,4	8160,0	8237,8	8166,3	8356,1	8267,8	.
Geldvolumen 3)	DBR	Mill. DM	S	21480	22298	22528	22539	22991	23376	23744	24409	25037	27143	27429	28005	28488	.	.
Insgesamt	"	"	"	14040	14830	14940	14807	15252	15605	15699	16351	17008	18858	19174	19827	20128	.	.
dar. Bankeinlagen	"	"	"	7643	7966	7980	7991	7589	7402	7476	7708	8017	7940	17) .	8806	.	.	.
dar. Sichteinlagen	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"	411	408	610	402	540	481	625	498	580	557	437	435	437	.	.
480 Kreditinstitute 4)	DBR	Mill. DM	E	5134,3	5199,1	5179,5	5319,0	5148,8	5257,1	5274,1	5474,5	9591,5	9620,0	9985,9	10469,7	10626,5	11117,8	11213,9
Einlagen	"	"	"	2126,4	2432,8	2611,2	2611,0	2610,7	2659,4	2656,9	2599,9	7703,9	7836,8	7942,0	8100,5	8566,8	9018,9	.
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	1097,4	933,0	777,3	893,7	878,2	887,8	907,2	970,5	2760,6	2818,3	2879,2	2880,3	2934,3	2992,5	.
Wechsel, insgesamt 5)	"	"	"	33,7	55,5	110,3	95,8	94,2	99,8	124,5	159,4	360,2	385,7	353,4	302,3	271,1	188,5	.
Schatzwechsel u. unverz. -anweis.	"	"	"	169,8	102,5	87,1	154,7	95,9	74,0	78,3	99,8	84,0	65,6	86,8	60,4	62,5	49,5	.
Überschußreserve 6)	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Finanzen	DBR	Mill. DM	S	1090,8	1449,1	1300,3	1241,6	1551,1	1163,7	1272,8	1208,2	1099,4	1273,7	1065,7	1051,9	1572,1	1305,3	.
Kassenmäß. Einnahm. a. Steuern, Zöllen und Abgaben, insgesamt 7)	"	"	"	747,9	1087,7	907,5	860,3	1188,8	841,7	866,9	947,6	757,9	920,8	686,1	654,9	1196,3	853,0	.
Besitz- und Verkehrsteuern 7)	"	"	"	177,4	181,1	176,0	170,1	200,6	183,2	181,8	171,3	155,8	76,4	63,2	87,7	119,6	146,8	.
Lohnsteuern	"	"	"	135,7	274,1	168,5	130,9	266,6	146,3	149,6	207,2	103,0	217,5	83,6	53,1	307,8	89,3	.
Veranl. Einkommensteuern	"	"	"	271,7	356,1	360,7	361,9	427,7	323,6	321,8	356,1	329,5	340,9	383,2	381,7	395,5	474,3	.
Umsatzsteuern	"	"	"	85,3	180,0	100,3	89,2	145,6	79,5	103,1	127,7	56,9	191,0	39,7	22,6	262,1	33,8	.
Körperschaftsteuern	"	"	"	342,9	361,4	392,8	381,3	362,3	322,0	405,9	233,6	341,5	352,9	379,6	397,0	375,8	452,3	.
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Spareinlagen	DBR	Mill. DM	S	2751,3	2821,1	2901,5	3090,6	3240,2	3376,5	3498,3	3610,7	3702,3	3825,8	3855,0	3868,7	3894,0	.	.
Insgesamt	"	"	"	284,7	276,5	287,5	310,9	329,6	347,0	361,9	375,5	388,2	410,1	416,3	421,3	434,8	.	.
dar. Kreditbanken	"	"	"	1888,6	1932,4	1984,5	2088,0	2206,5	2296,8	2379,8	2457,6	2520,4	2599,1	2614,6	2623,3	2633,6	.	.
Sparkassen	"	"	"	455,8	468,5	483,0	511,4	542,0	562,3	578,4	593,2	601,1	618,3	622,7	624,0	626,4	.	.
Kreditgenossenschaften	"	"	"	91,1	92,1	93,7	94,4	103,3	109,5	115,5	119,4	123,5	130,7	133,3	132,2	131,9	.	.
Postspark. u. Postscheckk.	"	"	"	+ 51,3	+ 59,7	+ 70,3	+ 119,8	+ 150,7	+ 117,5	+ 103,4	+ 104,7	+ 85,2	+ 114,0	+ 24,8	+ 15,5	+ 24,2	.	.
Saldo der Ein- u. Auszahlungen	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Emissionen	DBR	Mill. DM	S	3,0	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	5,3	1,0	5,8	8,1	4,8	1,5	5,8	11,6	.
Aktien	"	"	"	261,5	1,5	5,0	38,0	41,5	30,0	59,0	15,0	46,0	63,0	38,0	114,0	190,1	38,0	.
Festverzinsliche Wertpapiere	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute	DBR	Mill. DM	E	173,0	190,6	214,0	244,9	259,8	278,3	307,5	325,3	346,3	377,7	402,5	427,5	450,0	486,9	.
Umlauf an Schuldverschreibung.	"	"	"	91,7	99,7	112,6	127,7	138,5	150,7	161,6	170,8	179,8	189,4	198,8	203,1	217,6	.	.
Hypothekenbanken	"	"	"	74,2	83,3	92,1	106,3	111,7	119,7	138,0	146,4	157,6	177,2	191,6	206,7	219,6	.	.
Öfftl. rechtl. Kreditanstalten	"	"	"	7,1	7,6	9,3	10,9	9,6	7,9	7,9	8,1	8,8	11,1	12,2	12,8	12,8	.	.
Schiffpfandbriefbanken	"	"	"	482,6	586,0	684,3	828,0	917,5	1024,1	1148,8	1239,4	1336,4	1458,8	1583,5	1776,8	1955,1	2160,0	.
Darlehensbestand, insgesamt	"	"	"	177,6	206,1	238,6	316,8	361,8	421,0	499,2	563,2	614,7	678,0	730,1	837,8	925,8	.	.
Deckungsdarlehen	"	"	"	245,0	302,7	357,4	446,5	485,8	518,7	563,5	579,0	623,0	675,4	742,8	834,1	920,6	.	.
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	60,0	77,2	88,3	64,7	69,9	84,5	86,1	97,2	98,7	105,5	110,5	104,9	108,7	.	.
Sonstige Darlehen	"	"	"	96,4	88,8	108,8	98,0	111,5	130,5	153,1	170,9	180,0	225,9	292,0	323,0	349,7	.	.
Sonstige Ausleihungen	"	"	"	.	.	.	56,8	65,3	82,6	103,5	120,5	135,1	161,2	173,1	190,7	209,0	.	.
dar. Darlehen an Sparkassen	"	"	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Kreditsicherheiten	DBR	Anzahl	S	9450	9880	10772	11688	11598	13224	17370	17450	19895	20591	19548	19535	18511	.	.
Wechselproteste bei Landes- zentralbanken u. Geldinstitut. 8)	"	1000 DM	"	9520	9387	10579	10820	10838	12535	15855	14933	15940	15073	13705	13921	12646	.	.
Vergleichsverfahren	"	Anzahl	"	109	108	109	103	117	116	187	155	170	160	173	148	120	.	.
Konkurse	"	Anzahl	"	271	268	275	282	328	361	422	301	393	404	387	343	318	.	.
Aktienkursniveau	DBR	vH	D 11)	7,70	7,70	7,73	7,73	7,73	7,74	7,69	7,68	7,70	7,67	7,62	7,69	7,73	7,70	7,64
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	*) VWG	"	E	26,10	40,47	54,26	64,16	61,38	59,54	54,00	58,45	56,31	56,05	59,63	62,22	65,32	64,20	59,78
Eisen- und Metallbearbeitung	"	"	"	33,76	45,89	54,93	62,51	64,83	63,76	59,58	61,35	60,45	62,35	62,53	64,71	69,04	72,19	68,76
Handel verarbeit. Industrien	"	"	"	48,70	56,57	66,78	72,33	76,85	77,41	73,40	74,29	73,36	74,18	73,91	75,81	79,65	82,75	81,53
Sonstige und Verkehr	"	"	"	32,72	43,88	53,11	58,12	60,91	59,46	54,69	55,97	54,70	54,87	54,71	54,02	57,15	57,14	54,31
Industrie, Handel u. Verkehr zus.	"	"	"	34,61	46,24	57,29	64,60	65,77	64,73	59,98	62,35	60,91	61,39	62,60	64,19	67,69	68,59	65,50
Kurse der 4% Wertpapiere 10)	DBR	vH	D 11)	7,70	7,70	7,73	7,73	7,73	7,74	7,69	7,68	7,70	7,67	7,62	7,69	7,73	7,70	7,64
Kursniveau, insgesamt	"	"	"															

*) DBR = Deutsche Bundesrepublik, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone).
†) S = Monatssumme, E = Monatsende, D = Monatsdurchschnitt. — o) Berichtigte Zahlen. — Vorläufige Zahlen sind kursiv gesetzt.
1) Für die Besatzungsbehörde verwaltet, einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen. — 2) Ab 31. 3. 1949 einschl. der in Berlin ausgegebenen B-Noten und Scheidemünzen